

Mehrdimensionale Politikanalyse

Neue Anstöße für Politikwissenschaft, Politikberatung und Politische Bildung

Volker von Prittwitz

(05. Juni 2012)

Politik als Problemlösung und gesellschaftliches Problem

Politik gilt als Mittel gesellschaftlicher Problemlösung. So treffend diese Auffassung funktional erscheint, so etwa am Beispiel der energiepolitischen Umsteuerung von fossilen zu regenerativen Energieträgern, so wenig ausreichend ist sie. Denn nicht selten ist Politik unfähig, die ihr zugedachten Funktionen wahrzunehmen, oder sie erschwert gesellschaftliche Problemlösungen sogar. Ein Beispiel hierfür ist die anhaltende politische Unfähigkeit, den globalen Finanzmarkt wirkungsvoll zu regulieren; im Zeichen gewachsener Abhängigkeit staatlicher Einrichtungen von finanzpolitischen Akteuren tendiert die Politik sogar dazu, ungebundene Finanzmacht und finanzielle Ungleichheit zu verstärken.

Diese problematische Unfähigkeit der Politik korrespondiert mit ihrer vergleichsweise geringen Innovationsfähigkeit: Während andere gesellschaftliche Subsysteme, insbesondere die naturwissenschaftlich gestützte Technologieentwicklung, in den letzten Jahrzehnten eine geradezu dramatische Innovationsdynamik aufwiesen und die Gesellschaft laufend revolutionieren, operieren Politik und Staat auch im 21. Jahrhundert weitgehend mit traditionellen Mitteln bis hin zu Machtkartellen und Machtkämpfen. Die Politik weist insofern einen deutlichen Innovationsrückstand gegenüber dynamischen Gesellschaftsbereichen auf.

Ist die Politikwissenschaft für die Entwicklungsdefizite von Politik mitverantwortlich?

Naturwissenschaftliche Disziplinen werden für bahnbrechende technologische Innovationen, wissenschaftsethisch aber auch für ausgelöste technologische Risiken und Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht (Beispiel Atom- und Wasserstoffbombe). Demgegenüber ist es unüblich, die Politikwissenschaft für Steuerungsschwächen und geringe strukturelle Innovationsfähigkeit der Politik mit verantwortlich zu machen. Denn Politik gilt, anders als die Entwicklung von Technologien, bisher nicht als wissenschaftlich geprägt; zudem ist zumindest für Außenstehende kein eigenständiges Profil zu erkennen, nach dem die Politikwissenschaft ihren Gegenstand, die Politik, beeinflusst.

Politikwissenschaft zielt allerdings sehr wohl darauf ab, etwa über politische Bildung und Politikberatung Einfluss auf Politik zu nehmen, womit sich eine gewisse politische Mitverantwortlichkeit der Politikwissenschaft ergibt. Dabei stellt sich die Frage, ob sich politikwissenschaftliche Defizite in verpassten politischen Chancen niederschlagen. Der Stand politikwissenschaftlicher Forschung, Lehre und Politikberatung wird damit prekär, dies insbesondere im Vergleich zum Entwicklungsstand anderer Wissenschaftsdisziplinen.

Wodurch unterscheidet sich die Politikwissenschaft von „Normalwissenschaften“?

Im Anschluss an Thomas S. Kuhns Wissenschaftstheorie setzt die Entwicklung einer wissenschaftlichen Disziplin zur Normalwissenschaft die strukturierende Wirkung eines breit anerkannten Paradigmas voraus, in dessen Rahmen theoretische wie praktische Rätsel gelöst werden können.¹ Zu breit anerkannten wissenschaftlichen Rahmenüberlegungen in diesem Sinne kann es nach Karl Poppers Logik der Forschung nur in einem kritischen Austausch der Wissenschaftler/innen eines Fachs über die theoretischen Grundlagen ihres Fachs kommen.²

Zwar hat die Politikwissenschaft seit den 1960er Jahren weitgreifende Fortschritte vor allem in methodischer Hinsicht gemacht; im Unterschied zu diversen Naturwissenschaften, aber auch der Volkswirtschaftslehre, kann in der Politikwissenschaft aber nach wie vor nicht von einem breit anerkannten theoretischen Gerüst und daraus ableitbaren Forschungsfragestellungen die Rede sein. Vielmehr operiert die Politikwissenschaft bisher als gewachsener Komplex vieler Organisationen. Ihre Sektionen, Arbeitskreise und Projektgruppen entsprechen – bis hin zur Gründung eigener Zeitschriften – eher Luhmanns Modell sich selbst setzender und selbstbezogen kommunizierender Systeme als der Popperschen Vorstellung, Wissenschaftler würden kritisch über Theorien ihres (gemeinsamen) Fachs diskutieren.

Vorteile dieser Struktur liegen für die Beteiligten darin, dass sie ihre individuellen Themen, Theorie- und Methoden-Vorstellungen in kleinen Zirkeln leicht setzen und besprechen können, woraus eine vielfältige Landschaft politikwissenschaftlicher Forschung entsteht. Hierbei sind durchaus beachtliche theoretische Entwicklungen festzustellen, so etwa die Ausdifferenzierung policy-bezogener Lerntheorien, die Diskussion konkurrierender theoretischer Denkansätze internationaler Politik, die Weiterentwicklung von Demokratietheorien oder diverse Ansätze politischer Kommunikationsanalyse. Das Fehlen eines im gesamten Fach diskutierten theoretischen Rahmens hat aber auch massive Nachteile: Ohne einen solchen Rahmen bestehen keine Anstöße zu strukturierter politikwissenschaftlicher Innovation. Da wenig kritische Diskussionen zustande kommen, fehlen innovative Korrekturen und Relativierungen; umgekehrt entwickeln gehaltvolle theoretische Ansätze in einer Wissenschaftslandschaft zerstreuter Selbstbeschäftigungen kaum wissenschaftliche Dynamik, womit der Eindruck fehlender politikwissenschaftlicher Theorieentwicklung entsteht. Dieses fehlende wissenschaftliche Profil wiederum verringert den Stellenwert der Politikwissenschaft gegenüber anderen wissenschaftlichen Disziplinen und in der Öffentlichkeit.

¹ Kuhn, Thomas S. 1962: *The Structure of Scientific Revolutions*, University of Chicago Press (1996: Third edition), deutsch: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt am Main 1976: Suhrkamp.

² Popper, Karl R. 1934: *Logik der Forschung*, (3. Auflage 1969), Tübingen: J.C.B. Mohr (Siebeck).

Selbstbewusstere Politikwissenschaft

Das fehlende fachliche Profil der Politikwissenschaft ließ sich bis in die 1970er Jahre hinein dadurch erklären, dass politikwissenschaftliche Lehrstühle häufig aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen wie der Lehre öffentlichen Rechts, der Volkswirtschaft, der Philosophie oder Theologie besetzt wurden und sich unterschiedliche, dabei einander ausschließende, Politikbegriffe und Forschungskonzepte gegenüber standen. Seitdem hat sich Politikwissenschaft allerdings zunehmend zu einer selbstbewussteren empirisch-analytischen Wissenschaft entwickelt, in der qualitative wie quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung verwendet werden. Der traditionelle Schulen-Streit um den angemessenen Politikbegriff wurde durch die Entwicklung eines mehrdimensionalen Politikbegriffs entschärft und schließlich gegenstandslos. Hintergrund dafür war das Aufeinandertreffen der herkömmlichen Politikwissenschaft mit Importen der Policy-Forschung.

Von der Policy-Forschung zum mehrdimensionalen Politikbegriff

Die Policy-Forschung steht in einer Jahrhunderte langen Tradition der Politikberatung herrschaftlich-staatlicher Akteure.³ Nachdem diese ursprünglich west- und mitteleuropäische Forschung und Verwaltungsausbildung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert in den USA intensiv aufgenommen worden war, kehrte sie als wissenschaftlicher Import in den 1970er und 1980er Jahren nach Europa zurück. Die US-amerikanische Policy-Forschung enthielt dabei unterschiedliche Strömungen, so die stark auf Politikinhalte fokussierte interdisziplinäre Forschungsrichtung der Policy Studies und die stärker politikwissenschaftliche Policy-Analyse, die auch politisch-prozessuale und institutionelle Bedingungen des Entscheidungsprozesses einbezieht.⁴ Charakteristisch hierfür ist Thomas Dye's berühmter Buchtitel aus dem Jahr 1976: *Policy analysis. What governments do, why they do it, and what difference it makes*, mit dessen Frage nach dem *Warum* die Tür für die Analyse von Abläufen und Strukturen des Entscheidungsprozesses weit geöffnet wurde.⁵ Ein in den letzten Jahrzehnten besonders einflussreicher Ansatz, in dem inhaltliche,

³ Beyme, Klaus von 1985: Policy Analysis und traditionelle Politikwissenschaft, in: Hartwich, Hans-Herrmann (Hrsg.): Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft, Opladen, S.7-29.

⁴ Im Policy-Studies-Ansatz wurde seit den 1960er-Jahren Aspekten des Policy-Zyklus fokussiert. Zur aktuellen Ausprägung einer stark oder ausschließlich policy-orientierten Policy-Forschung siehe: [http://onlinelibrary.wiley.com/journal/10.1111/\(ISSN\)1541-0072](http://onlinelibrary.wiley.com/journal/10.1111/(ISSN)1541-0072). Einen Übergang zwischen Policy Studies und Policy Analysis bildet Theodor Lowi's Typologie von Politikfeld-Typen (distributiv, redistributiv, regulativen/konstitutionell); hier werden bestimmte Strukturen des politischen Entscheidungsprozesses (Arenastrukturen) jeweiligen Policy-Typen zugeordnet (*policy determines politics*). Politische Prozessmerkmale werden so zwar festgestellt, aber aus Policy-Merkmalen abgeleitet, also nicht als eigenständig wahrgenommen.

⁵ Dye, Thomas 1976: *Policy analysis. What governments do, why they do it, and what difference it makes*, University of Alabama Press, Tuscaloosa.

prozessuale und institutionelle Variablen kombiniert werden, ist Paul Sabatier's Advocacy-Coalitions-Ansatz zusammen mit sich auf diesen beziehenden Theorien politischen Lernens.⁶

Für die sich gerade stabilisierende mitteleuropäische Politikwissenschaft bedeutete die Begegnung mit diesen Strömungen der Policy-Forschung eine Herausforderung: Während in den bis dato existierenden politikwissenschaftlichen Teilbereichen *Politische Philosophie* und *Ideengeschichte*, *politisches System*, *internationaler Vergleich* und *Internationale Beziehungen* grundlegende Legitimations- und Machtfragen politischer Institutionen dominierten, sollten nun quasi betriebswirtschaftliche Fragen des Politikbetriebs in einzelnen Politikfeldern behandelt werden. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Bildung des mehrdimensionalen Politikbegriffs aus der Dimension sachpolitisch-öffentlichen Handelns (policy), der Dimension der politischen Interaktion (politics) und der Dimension des politisch-institutionellen Systems (polity).⁷

So schnell sich dieser Begriff seit den 1980er Jahren gerade in der mitteleuropäischen Politikwissenschaft auch verbreitete, so wenig folgenreich blieb er. Zwar findet er sich heute prominent in jedem deutschsprachigen Print- oder Online-Lexikon zum Politikbegriff; als theorierelevant wurde er aber in der Regel nicht betrachtet.⁸ Selbst in der Policy-Analyse, die seit jeher forciert mit dem Policy-Konzept operiert, ist es bisher nicht üblich, Politikdimensionen zu unterscheiden.⁹ Der mehrdimensionale Politikbegriff allerdings enthält ein großes Potential theoretischer Rahmenorientierung wissenschaftlicher Politikanalyse. Ausgangspunkt dafür ist die Unterscheidung unterschiedlicher Politik-Logiken.

Politik-Logiken

Die im mehrdimensionalen Politikbegriff unterschiedenen Politikdimensionen implizieren unterschiedliche Politik-Logiken: Während in der (Policy-)Dimension des öffentlichen Handelns nach bestmöglichen Lösungen für Probleme der Allgemeinheit gesucht wird, also

⁶ Jenkins-Smith, Hank C./Sabatier, Paul A. 1994: Evaluating the Advocacy Coalition Framework, in: Journal of Public Policy, Volume: 14, Issue: 02, Publisher: Cambridge Univ Press, Pages: 175-203; Advocacy Coalitions Framework: <http://www.mendeley.com/research/advocacy-coalition-framework-11/>; Bandelow, Nils C. 1999: Lernende Politik. Advocacy-Koalitionen und politischer Wandel am Beispiel der Gentechnologiepolitik, Berlin: Ed. Sigma; Bandelow, Nils C. 2003: Lerntheoretische Ansätze in der Policy-Forschung, in: Maier, Matthias Leonhard et al. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse, Opladen: Leske+Budrich, 98-121

⁷ Hartwich, Hans-Herrmann (Hrsg.) 1985, mündend in eine breite politikwissenschaftliche Rezeption und Deklamation des mehrdimensionalen Politikbegriffs (siehe aktuell Wikipedia: *Politik*: <http://de.wikipedia.org/wiki/Politik>)

⁸ Zur Verbreitung und scheinbaren Relevanz des mehrdimensionalen Politikbegriffs siehe aktuell: Wikipedia: *Politik* <http://de.wikipedia.org/wiki/Politik>; zum bisher folgenarmen Versuch einer systematischen Entfaltung des mehrdimensionalen Politikbegriffs in Lehrbuchform siehe Prittwitz, Volker von 1994: Politikanalyse, Opladen: UTB 1707 und Prittwitz, Volker von 2007: Vergleichende Politikanalyse, Stuttgart: UTB 2871.

⁹ Schubert, Klaus/Bandelow/Nils C. (Hrsg.) 2008: Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München: Oldenbourg; Schneider, Volker/Janning, Frank 2006: Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften. Besonderes Gewicht hat hierbei seit Jahrzehnten die Umweltpolitik-Analyse, siehe aktuelle wissenschaftliche Blog-Beiträge: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/publikationen/2011/jacob_joyergens_umweltpolitikanalyse/index.html; <http://blogs.fu-berlin.de/umweltpolitikanalyse/>

sachlogische Argumente zählen, geht es in der Dimension des politischen Interaktions-Prozesses um die Frage, welche Akteur-Ziele bzw. Akteure sich in einem politischen Prozess durchsetzen; es gilt also eine Macht-Logik. In der institutionellen System-Dimension schließlich zählen die geltenden Regeln (Normen und Verfahren) eines politischen Systems, womit die Logik bestehender Institutionen gilt. Diese Logiken, die auch als unterschiedliche rationale Kalküle oder Rationalitäten bezeichnet werden können, sind in sich stimmig und konsequenzenreich:

- Wird in der Logik öffentlichen Handelns kommuniziert, zählt ausschließlich das bessere Argument in der Sache, so Antworten auf die Frage, was am ehesten hilft, ein allgemeines Sachproblem, beispielsweise Wohnungsnot oder die Vitalisierung von Demokratie, zu bewältigen. Dabei kommt es zu einer Erörterung von Modellen, empirischen Feststellungen und Sachargumenten bis hin zur Klärung bestmöglicher sachlicher Schlussfolgerungen. Als qualifiziert gelten hierbei diejenigen, die fundierte Sachargumente liefern – mit der tendenziellen Folge eines Aufstiegs der sachlich Kompetentesten.
- Gilt dagegen die institutionelle Logik, so dreht sich Politik um die geltenden Regeln sowie die Frage, was oder wer geltenden Regelungen entspricht oder von diesen Regelungen abweicht: Politik erklärt sich in dieser Logik nach bestehenden Regelstrukturen; Akteurverhalten wird nach diesen Regeln bzw. nach Regelkonformität oder Regelabweichung beurteilt. Der Auf- oder Abstieg Beteiligter korrespondiert mit der Entsprechung oder Abweichung von gegebenen Regelstrukturen.
- In der Logik politischer Interaktion schließlich zählen ausschließlich Macht und Machtpotentiale, entscheidet, wer wie viel Einfluss hat und sich politisch durchsetzt. Nach dieser Logik steigen Akteure mit Einflusspotentialen und Durchsetzungsvermögen auf.

Von diesen Logiken ist die Machtlogik die voraussetzungsärmste; die Logik öffentlichen Handelns und die politische Institutionenlogik dagegen setzen voraus, dass über Einzelmotive hinaus gedacht und gefühlt werden kann und allgemeinverbindliche Regeln entstehen. Damit wird Politik in jedem Fall durch die politische Beziehungs- und Interaktionslogik beeinflusst; die öffentliche Handlungs- und die Institutionenlogik dagegen erhalten erst mit der Entwicklung eines politischen Gemeinwesens an Bedeutung. Insofern ergibt sich eine kapazitätsabhängige Asymmetrie der drei Politik-Logiken.

Mit der Entwicklung eines politischen Systems, also dem Aufkommen von Regelstrukturen und öffentlichem Handeln, vollzieht sich praktische Politik zunehmend in Verkoppelung zwischen den drei Logiken. Dies bedeutet keineswegs immer symmetrische Koppelung; vielmehr stehen meist bestimmte Logiken phasenweise im Vordergrund. Ein besonders interessanter Untersuchungsgegenstand mehrdimensionaler Politikanalyse sind damit Phasenwechsel und Übergangsformen zwischen Politikphasen mit unterschiedlichen dominierenden Politik-Logiken.

Da in der Politik die Durchsetzungsdimension immer eine Rolle spielt, können immer symmetrische Abläufe, beispielsweise Formen des wechselseitigen Austauschs, Diskurses oder Lernens, aber auch asymmetrische Abläufe, beispielsweise zentrierte Ausbreitungsformen oder gar einseitige Durchsetzungsformen eine Rolle spielen. Hierbei bildet die Entwicklung institutionell gebundener politischer Systeme eine Grenze für einseitige Handlungsformen, insbesondere Gewalt und Krieg. Als politisch im engeren Sinne gelten dann nur mehr öffentlich und institutionell gebundene Interaktionsformen, wobei sich Akteure mit unterschiedlichen oder konkurrierenden Motiven legitimiert beteiligen können und geschützt sind.

Politikanalytische Variablen und Modelle

Zur Analyse jeder Politik-Logik erscheinen bestimmte Kriterien, Variablen und Modelle von besonderem Gewicht:

- Nach der Logik öffentlichen Handelns lässt sich Politik nach Kriterien wie *Problem, Problemlösungskriterien (wie Effektivität, Effizienz, normative Verträglichkeit), Problemlösungs-Ansätze* und *Problemlösungs-Wirkungen* analysieren. Typische Modelle dieser Logik sind der Policy-Zyklus (Modell von Steuerungsanforderungen) und das Wirkungstiefen-Modell (Graduelles Kausal- und Eingriffs-Modell öffentlichen Handelns).
- In der Logik politischer Interaktion lässt sich Politik nach Akteur-Motiven (wie Interessen, Werte, Ideen, soziale Interaktions-Orientierungen), Einfluss-Konstellationen (wie politische, organisatorische, kulturelle, ökonomische, militärische Machtpositionen, Abhängigkeiten, Netzwerk-Strukturen) und Interaktions-Formen (symmetrische/asymmetrische Interaktion, ein- und mehrdimensionale Kommunikationsformen) analysieren.
- In der Logik politisch-institutioneller Systeme geht es um Regelstrukturen, regelbezogene Entsprechung oder Abweichung.

Wechselbeziehungen zwischen diesen Politik-Logiken lassen sich als zusammengesetzte Variablen-Konstellationen und mithilfe kombinierter Hypothesen/Modelle rekonstruieren.

Analyse-Ebenen

Politik wird nicht nur durch äußere Beobachter (wissenschaftliche Analytiker/innen) analysiert. Vielmehr nehmen auch politische Akteure Handlungen, Prozesse und Strukturen in jeweils bestimmter Logik wahr. Dabei können sie auch bei anderen Akteuren dominierende politische Handlungslogiken analysieren. So lässt sich etwa bei der Analyse einer parlamentarischen Debatte feststellen, dass Abgeordnete a) sich selbst als Anwalt in der Sache präsentieren (Policy-Perspektive der Selbstwahrnehmung), b) andere Akteure als interessengeleitet ausweisen (Politics-Perspektive der Fremdwahrnehmung/mittelbare Akteurs-Ebene), c) selbst parteipolitische Interessen verfolgen (Leitende Politics-Perspektive

von Kommunikation und Handeln), dies alles in mehr oder minder großer Entsprechung mit institutionelle Verfahren von Parlamentsdebatten.

Beziehungen zwischen Politik-Logiken

Mit den Beziehungen, insbesondere Konflikten zwischen unterschiedlichen Politik-Logiken kommt die Politik als Ganzes ins Blickfeld: Harmonisieren die öffentliche Handlungslogik, beispielsweise die Diskussion einer öffentlichen Herausforderung, die geltende institutionelle Logik, beispielsweise ein geltendes Verfahren, und die gegebene Logik politischer Interaktion mit jeweiligen Akteur-Motiven und Einfluss-Konstellationen, miteinander? Oder behindern bzw. schwächen sie sich gegenseitig?

Eine gewisse Korrespondenz der Politik-Logiken ist funktional notwendig; denn ein politisches System muss mit seinen faktischen Institutionen und Abläufen in der Lage sein, öffentlichen Herausforderungen gerecht zu werden; ansonsten wird es untergehen. Andererseits stehen die unterschiedlichen Politik-Dimensionen prinzipiell in Spannung zueinander. So wird öffentliches Handeln nach Sach- bzw. Allgemeinwohl-Kriterien diskutiert, während politische Interaktion in der Regel zwischen Akteuren mit begrenzten Motiven stattfindet. Und neue sachliche Herausforderungen verlangen nicht selten neue Governance-Formen bis hin zur Änderung institutioneller Muster, während allgemeine Institutionen gegen Vermachtung und andere Formen ihrer Schwächung geschützt werden müssen.

Unterschiedliche Politik-Logiken werden auch durch Beteiligte miteinander verkoppelt. So versuchen Politiker, in scheinbar sachbezogenen Auseinandersetzungen nicht nur inhaltlich glaubwürdig zu wirken und damit an Popularität bzw. Wähler-Stimmen zu gewinnen, sondern auch den jeweiligen politischen Gegner schlecht beziehungsweise unbedeutend aussehen zu lassen. Hierzu wird gerade seitens regierender Akteure nicht selten versucht, die öffentlich-politische Agenda gezielt zu beeinflussen – klassisches Mittel ist die Übertreibung einer Gefahr für die Allgemeinheit durch die Regierung, in deren Folge sie in ihrer Funktion an öffentlicher Aufmerksamkeit und potentiell an Anerkennung gewinnt.

Ein – allerdings nur kurzfristig erfolgreiches – Beispiel taktischer Handhabung unterschiedlicher Politik-Logiken war die Selbst-Präsentation des früheren Bundespräsidenten Wulff in dem ihn betreffenden Skandal.¹⁰ So räumte Wulff in dem ARD-Fernseh-Interview vom 4. Januar 2012 ein, „man hat Fehler gemacht“ (Distanzierung von Normverstoß), präsentierte sich aber gleichzeitig als verantwortlicher Bundespräsident, der genau solche Fehler in der Zukunft zu verhindern hat (Selbstdarstellung als Träger öffentlichen Handelns). Zudem deutete er an, dass eine Medien-Kampagne gegen ihn stattfindet (Impliziter Vorwurf: Mediale Akteure operieren selbst machtorientiert). Wohl auch

¹⁰ Hawemann, Robert (März 2012): Perspektiven zwischen Skandalisiertem und Öffentlichkeit. Mehrdimensionale Analyse des Falles Wulff anhand des Fernsehinterviews vom 04.01.2012 (Seminar-Papier/Proseminar Mehrdimensionale Politikanalyse, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft/FU Berlin im Wintersemester 2011/2012)

angesichts seiner trickreichen mehrdimensionalen Selbstverteidigung konnte sich Wulff trotz der Vorwürfe gegen ihn in seinem Amt halten. Erst als die Staatsanwaltschaft gegen ihn offiziell zu ermitteln begonnen hatte (institutionalisierter Vorwurf der schweren Normverletzung), stieg der politische Druck auf ihn so sehr, dass er zurücktrat.

Auf dem Weg zur systematisch lernenden Politikwissenschaft?

In der Zusammenschau stellt sich der Ansatz mehrdimensionaler Politikanalyse als grundlegende theoretische Orientierung-Option, aber auch als innovativer, ausbaufähiger Forschungsansatz dar. Dieser Ansatz lässt sich generell politikwissenschaftlich nutzen, dabei aber auch ständig überprüfen und weiterentwickeln. Würde die Politikwissenschaft über ihren Schatten springen- und das von ihr entwickelte Potential des mehrdimensionalen Politikbegriffs folgenreich nutzen, so könnte sie voraussichtlich rasch wissenschaftliches Profil gewinnen.

Ob es hierzu wirklich kommt, dürfte erheblich durch prozessuale und institutionelle Bedingungen beeinflusst werden. Es wäre aber zu hoffen, dass eine Diskussion über mehrdimensionale Politikanalyse, einmal in Gang gesetzt, eine starke Eigendynamik entfaltet. Hierbei dürften sich zahlreiche neue, zumindest neu zugeschnittene politikwissenschaftliche Forschungsfelder entwickeln. Die skizzierte mehrdimensionale Analyse politischer Prozesse, in der unterschiedliche Politik-Logiken über unterschiedliche Analyseebenen (Analytiker-Ebene, Akteur-Ebene, durch Akteure reflektierte Akteur-Ebenen) hinweg analysiert werden können, ist nur ein mögliches Beispiel unter vielen. Dass derartige Analyse auch beträchtliche praktische Impulse, etwa in der Politikberatung, der Politischen Bildung und im Politischen Journalismus, vor allem aber auch in der wissenschaftlichen Lehre auslösen kann, zeichnet sich ab.

Autor: Prof. Dr. Volker von Prittwitz
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Freie Universität Berlin
Ihnestraße 26, 14195 Berlin
Mail: vvp@gmx.de;
Homepage: www.volkervonprittwitz.de